

Unser Sparbuch für die Ampel

Ausgaben runter, Schuldenbremse einhalten!



von der Bundesregierung beschworene „finanzpolitische Normalität“ endlich sichtbar werden. Wie groß die Herausforderungen sind, analysiert der BdSt in seinem „BdSt-Sparbuch für den Bundeshaushalt 2024“.

Der Auftakt zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2025 ist gemacht. Das Bundesfinanzministerium erwartet von den Ministerien Gesamt-Einsparungen von rund 25 Mrd. Euro, um irgendwie einen Haushaltsentwurf für 2025 unter Einhaltung der Schuldenbremse hinzubekommen. Das Unterfangen wird ein Spagat für die Ampel. Doch selbst wenn die Ampel-Koalition diesen schaffen sollte – ist dann im Haushalt wieder alles gut?

Dem Vernehmen nach haben sich die Koalitionsspitzen für 2025 auf ein Etatvolumen von rund 452 Mrd. Euro verständigt. Der aktuelle Etat für 2024 umfasst rund 477 Mrd. Euro. Die Regierung hat diesen Etat mit dem Slogan „Rückkehr zur finanzpolitischen Normalität“ versehen. Doch diese Rückkehr ist nach Analyse des BdSt noch lange nicht gemeistert. Hierfür hat der Verband den aktuellen, Anfang Februar vom Bundestag beschlossenen, Haushalt 2024 mit den Eckwerten für den Haushalt 2024 aus dem Frühjahr 2020 verglichen. Damals legte die ehemalige große Koalition den Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 fest – und zwar ohne Einflüsse auf die Steuereinnahmen und Staatsausgaben

durch Corona-Pandemie, Ukrainekrieg, Energiekrise oder hohe Inflation – und stets ohne Neuverschuldung! Diese Haushaltsprognose kann als Sinnbild einer finanzpolitischen Normalität verstanden werden.

Regierungsressorts mit 44 Mrd. Euro Ausgaben-Plus

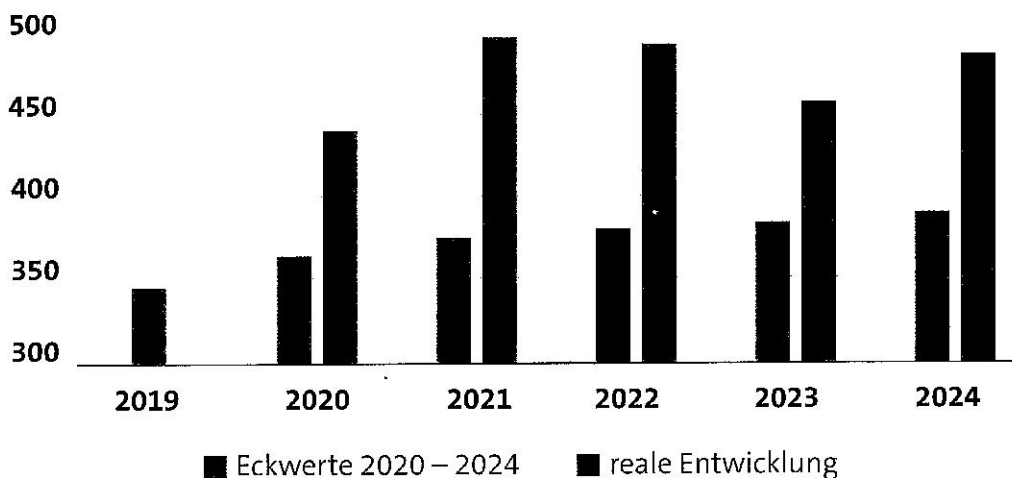
Unser Vergleich der beiden Varianten des Bundesetats 2024, die zu verschiedenen Zeitpunkten erstellt wurden, kommt zu folgendem Ergebnis: Der Bund verfügt dieses Jahr – trotz Krisen und Konjunkturflaute – mit 378 Mrd. Euro über rund 20 Mrd. Euro höhere Steuereinnahmen als noch 2020 für 2024 prognostiziert. Dennoch können diese Rekordsteuereinnahmen mit den enteilten Ausgaben nicht ansatzweise mithalten. Denn bei den Ausgaben zeigt unser Vergleich ein um 90 Mrd. Euro überzogenes Budget auf – 477 statt 387 Mrd. Euro. Zwar ist ein Teil des derzeit hohen Ausgabenniveaus auf zuletzt extrem gestiegene Zinslasten und die Einführung des Generationskapitals zur finanziellen Unterstützung der Rentenversicherung zurückzuführen. Doch nur mit Blick auf die Verantwortlichkeiten der einzelnen Ministerien, wartet jedes! einzelne Ressort mit Mehrausgaben gegenüber der früheren Haushaltsprognose auf – an der Spitze das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium mit einem Plus von 61 Prozent. Alle Ressorts der Bundesregierung zusammengekommen verfügen derzeit über ein Ausgabenplus von 44 Mrd. Euro.

Dieser Vergleich der beiden Haushaltsvarianten verdeutlicht, dass die Ampel zwar kostenintensive Prioritäten setzt, zugleich aber nicht willens ist, zu de-priorisieren und an anderer Stelle zu kürzen. Der Bund ist gegenwärtig noch sehr weit von einer finanzpolitischen Normalität entfernt – schließlich benötigt er 2024 rund 100 Mrd. Euro Nettokreditaufnahme, um alle festgelegten Ausgaben im und außerhalb des Bundeshaushalts finanzieren zu können. Auch der Haushalt 2025 wird aus BdSt-Sicht noch keine finanzpolitische Normalität widerspiegeln. Dennoch: Die Sparvorgaben des Finanzministeriums für den Haushalt 2025 sind ein notwendiger Anfang, um den überdimensionierten Bundeshaushalt zu entschlacken. Die Schuldenbremse muss wieder uneingeschränkt eingehalten werden. Was passiert, wenn die Politik die Hände in den Schoß legt und nur zögerlich reformiert, prophezeit der jüngste Tragfähigkeitsbericht des Finanzressorts. Dann gibt es fast nur noch düstere Perspektiven für die Staatsfinanzen – mit Rekorddefiziten und explodierender Staatsverschuldung.

Bereits seit vielen Jahren geht der BdSt mit seinem „Sparbuch für den Bundeshaushalt“ für die Politik in Vorleistung. Anhand unserer Haushaltsanalyse zeigen wir Fehlentwicklungen im und außerhalb des Bundeshaushalts auf und liefern 30 ausgewählte Einsparvorschläge, wo die Politik den Rotstift ansetzen könnte – quer durch alle Ressorts.

Bundeshaushalt: Vergleich Eckwerte 2020 (krisenbereinigt) und tatsächliche Entwicklung (mit Krisen)

Mrd. Euro



Quelle: Bundesfinanzministerium, eigene Darstellung. Vergleich der Eckwerteprognose für die Jahre 2020 bis 2024 (Stand März 2020) und der tatsächlichen Ausgaben im jeweiligen Jahr (Ist-Ausgaben 2021 bereinigt um 60 Mrd. Euro Zuführung an den KTF, die das Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt hat), für 2024 Soll-Ausgaben.

Von Überkapazitäten und allerlei Musik

So sollte die Regierung den geplanten Auf- und Ausbau von Flüssiggas-Terminals (LNG) als Ersatz für russisches Erdgas überdenken. Drei Terminals sind in Norddeutschland bereits in Betrieb, nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz sollen sieben weitere folgen. Gesamtkosten: knapp 10 Mrd. Euro. Davon sollen dieses Jahr 1,2 Mrd. Euro investiert werden. Doch die Gaslage hat sich inzwischen entspannt. Die Gasnachfrage ist rückläufig und die Speicher sind gut gefüllt. Auch deshalb sind die bereits aktiven LNG-Terminals nur zu 50 Prozent ausgelastet. Eine Korrektur der Ausbauziele ist daher nötig, um nicht mit Steuergeld teure Überkapazitäten zu schaffen. Hier können Milliarden Euro gespart werden.

Eine kleinere Hausnummer stellt der „Deutsche Musikinstrumentenpreis“ dar, der seit vielen Jahren vom Bundeswirtschaftsministerium gestiftet wird. Hier geht es jährlich um 107.000 Euro – als Ansporn für hiesige Instrumentenbauer. Die Ehrungen dürfen die Gewinner beim Verkauf des jeweils ausgezeichneten Instruments für die Eigenwerbung nutzen. Auch das Ministerium wirbt auf der dazugehörigen Kampagnenseite mit einem Hochglanz-Imagefilm für den Wettbewerb und das deutsche Instrumentenbauhandwerk allgemein. Immerhin soll von nun an alle fünf Jahre geprüft werden, ob der Preis weiter ausgeschrieben werden soll. Ein erster Schritt. Der BdSt meint aber, dass der Preis bereits ab 2024 – zumindest als

steuergeldfinanziertes Produkt – abgeschafft werden sollte. Dem guten Ruf deutscher Instrumente wird das sicher nicht schaden, und in Anbetracht der Sparfordernisse im Haushalt ein kleiner Beitrag.

Musikalisch unterstützt die Bundesregierung auch die Deutsche Bahn. Wenn schon Reisende unter Streiks, Verspätungen und Störungen leiden, dann sollen zumindest die Bahnhöfe attraktiver erscheinen. Von 2022 bis 2024 fördert das Bundesverkehrsministerium die Veranstaltungsreihe „Station to Station“ mit insgesamt 9 Mio. Euro. Neben öffentlichen Konzerten werden auch Kunstwerke präsentiert, die eigens für unterschiedliche Bahnhöfe entstehen. Dadurch sollen die Themen Kunst, Reise und Bahnhöfe miteinander verbunden werden, als ein Beitrag, „das öffentliche Bild von Bahnhöfen zu verbessern und im Zuge der Mobilitätswende mehr Menschen für die klimafreundliche Bahn zu begeistern“, teilt die Bahn dem BdSt auf Anfrage mit. Auch 2024 sind neue Musik-Aktionen an verschiedenen Bahnhöfen geplant, u. a. eine künstlerische Intervention am Bahnhof Frankfurt-Flughafen sowie ein Kunstwerk am Duisburger Hauptbahnhof. Wir meinen aber: Prioritäten im Bundeshaushalt sehen anders aus!

Von fragwürdiger Entwicklungshilfe und Mega-Bürokratie

Die Prioritäten-Frage stellen sich auch viele Bürger mit Blick auf die deutsche Entwicklungshilfe. Die Bundesregierung betont gerne, dass Deutschland zweitgrößter in-

ternationaler Geldgeber ist. Doch viele zuletzt bekannt gewordene Aktivitäten – wie der Aufbau eines Radwegenetzes in Peru, klimafreundliche Mobilitätsprojekte in Indien, die „Informatisierung“ der Steuerverwaltung in Kamerun und unsere finanzielle Unterstützung bei der Kommunalfinanzierung in Tunesien – sorgen bei Bürgern für Kopfschütteln. Sie haben wenig Verständnis für solche Geldleistungen ins Ausland. Abgesehen von Überreaktionen, die damit teilweise einhergehen, lohnt ein vertiefter Blick auf die Entwick-

Sparbuch 2024 Jetzt vorbestellen!

Die Ministerien der Ampel-Regierung müssen sparen. Einnahmen und Ausgaben sind wieder in Einklang zu bringen. Das fordert auch der Finanzminister. Während das Bundeskabinett noch nach Einsparmöglichkeiten sucht, haben wir bereits 30 konkrete Vorschläge erarbeitet. Wir machen den Ausgaben-Check im Bundeshaushalt und zeigen, WO und WIE gespart werden kann! Bestellen Sie hier unser Sparbuch 2024 vor, es erscheint in Kürze.



lungshilfe durchaus. Denn der Etat des Entwicklungsministeriums hat seit dem Vorkrisenjahr 2019 um eine Milliarde Euro auf jetzt 11,2 Mrd. Euro zugelegt, vor zehn Jahren umfasste er nur 6,5 Mrd. Euro. Der BdSt fordert deshalb Kürzungen, denn auch die Entwicklungshilfe kann und muss einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Hierfür muss die Politik sich stärker auf die ärmsten Länder fokussieren und mehr auf Wirksamkeit und Konditionierung achten.

Die Frage, inwieweit ein Übermaß an Förderung sinnvoll ist, stellt sich auch bei vielen Förderprogrammen des Bundes. Die Zahl der Programme, auf die auch die Kommunen Zugriff haben, summierte sich Ende 2023 auf 106! Dieses kommunal-relevante Portfolio umfasst beinahe alle Ministerien – mit Förderangeboten von A wie „Autonomes und vernetztes Fahren in öffentlichen Verkehr“ bis Z wie „Zukunft Region“. Spitzenreiter ist das Wirtschaftsministerium mit 25 Förderprogrammen, gefolgt vom Verkehrsministerium mit 24. Gleichfalls mischen die Ministerien für Umwelt, Bildung, Soziales, Landwirtschaft, Inneres, Bau, Familie, Gesundheit sowie das Kanzleramt in Form der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien mit – schließlich auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank. Die Fördersummen gehen in die Milliarden Euro. Doch diese breite Förderpalette schafft enorm viel Bürokratie bei Bund und Kommunen und bindet viel Steuergeld.

Nachvollziehbar, dass auch die Kommunen nicht mehr durchblicken. „Der Förderdschungel muss gelichtet werden. Wir erwarten daher, dass die bestehenden Förderprogramme neu ausgerichtet und leichter zugänglich gemacht, aufeinander abgestimmt und besser verzahnt werden“, forderte der Deutsche Städte- und Gemeindebund Anfang 2024. Dem kann sich der BdSt nur anschließen – weniger ist manchmal mehr.

Unsere Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen. Es bleibt dabei: Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstläufer, sondern eine Daueraufgabe für die Politik! Sparen im Haushalt gelingt nur, wenn sich jeder Minister als Sparminister versteht und endlich Prioritäten setzt.

Sebastian Panknin, s.panknin@steuerzahler.de